



Soziale Frage ungelöst

*Betriebe sollten nicht zu
früh über Entlastung jubeln*

Ausnahmslos alle Fachleute seien sich einig gewesen, dass das Pensionssystem dringend reformiert gehört, sagt der von allen Parteien geschätzte Sozialforscher Bernd Marin.

Die Notwendigkeit festzustellen und die Reform umzusetzen, sind allerdings zwei verschiedene Paar Schuhe. Schon wenige Tage nach der Angelobung der neuen Bundesregierung zeigt sich auch schon, wie sehr dieses Thema Bürger und Politiker beschäftigt. Wem bisher noch nicht klar war, dass der Begriff Reform für zum Teil schmerzhaft Veränderungen steht, weiß spätestens jetzt Bescheid.

Wenn die FP erklärt, sie habe dem schlimmen Programm von SP/VP die Zähne gezogen, ist das reine Beschwichtigungstaktik. Warum steht sie nicht dazu, dass das Frühpensionsalter angehoben werden muss? Angst vor der eigenen Courage oder das Eingeständnis, dass auch Freiheitliche sich Sachzwängen nicht entziehen können? Die Alternativen wären weitaus höhere Pensionsbeiträge oder viel niedrigere Pensionen für künftige Rentner gewesen. Bestehende Pensionen werden nicht angetastet.

Ebenso wie beim geplanten Selbstbehalt für ASVG-Versicherte für den Arztbesuch sind die Maßnahmen im Pensionssystem praktisch unausweichlich. Jetzt geht es darum, soziale Härten zu vermeiden. Mit einiger Verspätung wurde erklärt, dass der Selbstbehalt für Kinder, chronisch Kranke sowie sozial Schwache nicht gelten soll. Arbeitnehmern, die schon praktisch ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben, wird die Frühpension erleichtert.

Dieser Ausgleich ist bei der Krankenversicherung aus sozialer Sicht, bei der Pensionsfrage aus Gerechtigkeit zu begrüßen.

Abgesehen davon, dass die neue Koalition mit häppchenweise angelegter Informationspolitik nicht sehr glücklich agiert hat, wird sich bald zeigen, dass alle Ausnahmen die Budgetplanung wieder ins Wanken bringen könnten. Dann fehlt Geld, auf das die Regierung nicht verzichten wird können und wollen. Und wer zahlt's?

Sozialforscher Marin deutet an, was Unternehmen wenig schmecken wird: Betriebe, die wenig ältere Beschäftigte haben, sollen höhere Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Bis die neuen Maßnahmen im Pensionssystem greifen, wird nämlich Folgendes passieren: bis Herbst ist eine Frühpensionswelle zu erwarten. Anschließend könnten etliche ältere Arbeitnehmer statt in Frühpension in die Arbeitslose geschickt werden. Was auch keiner will.

Dann könnten die Unternehmen, die eben noch über eine Lohnnebenkostensenkung von 15 Milliarden S jubeln, bald wieder zur Kasse gebeten werden. Sie stehen in einem Spannungsverhältnis zwischen betriebswirtschaftlichem Denken und Sicherung des Standorts einerseits und ihrer Position als Teil einer Solidargemeinschaft andererseits.

Die Regierung wird daran gemessen werden, wie sie hier einen Ausgleich findet. Gelöst ist die soziale Frage noch lange nicht. Mittelfristig wird die Finanzierung des Sozialsystems ebenso große Bedeutung bekommen wie unsere Reputation im Ausland.